ben sind. Der Verpflichtete ist über mögliche rechtliche Folgen eines Widerstandes gegen die staatliche Maßnahme zu belehren. Aufgabe der DVP ist es, die Mitarbeiter der Staatsorgane zu schützen und zugleich die Rechte der Bürger zu wahren. Die DVP hat bei der Anwendung polizeilicher Mittel die für sie geltenden Rechtsvorschriften und Weisungen strikt einzuhalten. Die Maßnahme hingegen, die unter ihrem Schutz durchgeführt wird, verantwortet allein das zuständige Organ des Staatsapparates.

Der Vielfalt der möglichen verwaltungsrechtlichen Pflichtverletzungen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, die vollziehend-verfügend gestaltet werden, entsprechen *weitere differenziert ausgestaltete Maßnahmen der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Verantwortlichkeit*. Sie sind darauf gerichtet:

- Schäden auszugleichen, die durch verwaltungsrechtliche Pflichtverletzungen entstanden sind. Dazu dient z.B. der Ersatz von Mehraufwendungen.

So haben Bürger und Betriebe dem zuständigen Rat der Stadt die Mehraufwendungen zu ersetzen, die diesem dadurch entstanden sind, daß die Bürger oder Betriebe die von ihnen verursachten Verunreinigungen öffentlicher Straßen nicht selbst beseitigt haben (§ 5 Abs. 3 VO über die Erhöhung der Verantwortung der Räte der Städte und Gemeinden für Ordnung, Sauberkeit und Hygiene im Territorium vom 19.2.1969, GBl. II 1969 Nr. 22 S. 149).

Vielfach wird für den Ersatz von Schäden, die durch verwaltungsrechtliche Pflichtverletzungen entstanden sind, auf zivilrechtliche Bestimmungen verwiesen, wie beim Ersatz von Schäden, die in Naturschutzgebieten verursacht wurden (§20 Naturschutz-VO);

- Beeinträchtigungen der Umwelt zu kompensieren und künftig zu verhindern. Dazu dient vor allem die Erhebung von Abgas-, Staub- und Abwassergeld. Diese Gelder werden ausschließlich von Betrieben bei Verletzung der Pflichten zur Reinhaltung der Luft sowie zur rechtmäßigen Wassernutzung erhoben;

Das Staub- und Abwassergeld wird. z. B. durch Bescheid des Leiters der Staatlichen Umweltspektion bei den Räten der Bezirke festgelegt (§ 18 Abs. 1 der 5. DVO zum Landeskulturge-setz - Reinhaltung der Luft - vom 12. 2. 1987, GBl. I 1987 Nr. 7 S. 57). Zur Erhebung des Was-

sergeldes vgl. 2. DVO zum Wassergesetz - Abwassergeld und Wassernutzungsentgelt - vom 2.7.1982 (GBl. I 1982 Nr. 26 S. 485).

- weitere Pflichtverletzungen durch die Verantwortlichen zu verhindern, z.B. durch Widerruf einer Genehmigung oder einer anderen Berechtigung.

So können Gewerbe genehmigungen widerrufen werden, wenn Auflagen nicht erfüllt wurden (§ 18 Abs. 1 Handw. Förd.-VO).

6.3. **Die Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten als Bestandteil staatlicher Leitungstätigkeit**

6.3.1.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten. Der Begriff der Ordnungswidrigkeit

Die Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten nimmt in der Tätigkeit der Organe des Staatsapparates einen wichtigen Platz ein. Sie erfolgt auf der Grundlage von Rechtsvorschriften, die Bestandteil des Verwaltungsrechts sind.⁸ Diese Rechtsvorschriften regeln einmal die Grundsätze und das verwaltungsrechtliche Verfahren der Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten, und zum anderen bestimmen sie die Ordnungswidrigkeitstatbestände oder bezeichnen Rechtspflichten näher, für deren Verletzung Ordnungsstrafmaßnahmen vorgesehen sind.⁹

Das OWG enthält die grundsätzlichen und die verfahrensrechtlichen Bestimmungen. Es regelt jedoch keine Ordnungswidrigkeitstatbestände. Nach dem Stand des Jahres 1987 sind diese in 241 Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften enthalten.

8 Vgl. W. Surkau, „Das Ordnungswidrigkeitsrecht - bedeutender Beitrag des sozialistischen Rechts“, in: Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit, Berlin 1983, S. 83 (Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse, 8. Wahlperiode, H.3).

9 Vgl. Die Verhütung und Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten, Berlin 1978, S. 153.